



HESSISCHER LANDTAG

02. 09. 2015

INA

Dringlicher Berichts Antrag des Abg. Schaus (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Ermittlungen gegen Unbekannt wegen des Verdachts des Geheimnisverrats

Der "Wiesbadener Kurier" berichtete am 7. August 2015 in seinem Artikel "Nordhessische Polizisten bei Neonazi-Gruppe?", dass ihm Informationen vorliegen würden, nach welchen zwei nordhessische Beamte in Verdacht stünden, Kontakte zum rechtsextremen Netzwerk "Blood & Honour" gehabt zu haben. Weiter berichtet die Zeitung, beide sollen im NSU-Untersuchungsausschuss als Zeugen geladen werden. Noch am gleichen Tag berichteten mehrere Zeitungen auf ihren Websites, dass die Staatsanwaltschaft Wiesbaden Ermittlungen gegen Unbekannt wegen des Verdachts des Geheimnisverrats eingeleitet habe. So berichtet "Die Welt" im Artikel "Justiz ermittelt wegen Geheimnisverrats", dass der Sprecher der Wiesbadener Staatsanwaltschaft Oliver K. erklärt habe, es könnten Dienstgeheimnisse verraten worden sein. Die Initiative zur Einleitung der Ermittlungen sei laut K. von der Polizei ausgegangen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Zu welchem Zeitpunkt erfuhr das Ministerium für Inneres und für Sport von dem Verdacht des Geheimnisverrats?
2. Durch wen wurde das Ministerium für Inneres und für Sport von dem Verdacht des Geheimnisverrates informiert?
3. Was hat das Ministerium für Inneres und für Sport in diesem Zusammenhang wann veranlasst?
4. Wann (Datum), wie und durch wen wurde die Polizei auf den Vorgang aufmerksam gemacht?
5. Wann (Datum) und in welcher Form wurde durch die Polizei die Staatsanwaltschaft eingeschaltet?
6. Wurden vor Einschaltung der Staatsanwaltschaft Ermittlungen durch die Polizei durchgeführt?
Wenn ja, welche?
7. Auf welche Grundlage stützte die Polizei ihre Annahme eines Anfangsverdachts des Geheimnisverrats?
8. Wurde seitens der Polizei die Staatsanwaltschaft ohne jegliche Rücksprache mit der Hausleitung des Ministeriums für Inneres und für Sport eingeschaltet?
Wenn nein, wer wurde von der Hausleitung, wann informiert und wie haben diese Personen reagiert?
9. Werden in diesem Zusammenhang auch Ermittlungsmaßnahmen bei Journalistinnen und Journalisten vorgenommen?
10. Werden in diesem Zusammenhang auch Ermittlungen gegen Journalistinnen und Journalisten, sowie gegen Abgeordnete des Hessischen Landtags oder deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt?
11. Wie steht die Landesregierung zu den öffentlich geäußerten Vorwürfen, durch das Vorgehen der Polizei könnte die Pressefreiheit und die journalistische Unabhängigkeit beeinträchtigt sein?

12. Wie steht die Landesregierung zu dem im "Wiesbadener Kurier" (Onlineartikel) vom 7. August 2015 ("Geheimnisverrat im Landtag? ...") erhobenen Vorwurf: "Der Vorwurf des Geheimnisverrates richtet sich offenbar gegen die Arbeit des Ausschusses"?
13. Da eine Verletzung von Geheimhaltungspflichten gem. § 353 b Abs. 4 StGB nur mit Ermächtigung, die je nach Konstellation nur vom Präsidenten des Gesetzgebungsorgans, der obersten Bundesbehörde oder die obersten Landesbehörde verfolgt werden darf, ergeben sich folgende Fragen:
- a) Wann wurde die Ermächtigung erteilt?
 - b) Von wem wurde diese Ermächtigung erteilt?

Wiesbaden, 1. September 2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Schaus